

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Konjunktur bleibt ohne Schwung

Die Konjunktur ist nach Einschätzung der ETH-Experten weiterhin ohne Schwung. Immerhin geht die ETH-Forschungsstelle aufgrund der kontinuierlichen Aufwärtstendenz des Konjunkturbarometers im ersten Halbjahr davon aus, dass sich die Konjunktur nicht weiter verschlechtern wird. Auf der Basis vorläufiger Daten stieg das KOF/ETH-Konjunkturbarometer im August im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozent, wie die ETH am Montag weiter mitteilte. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein Anstieg von 0,9 Prozent errechnet.

Intervention bei Freiburger Behörden

Bundesrat Arnold Koller hat beim Freiburger Staatsrat im Zusammenhang mit den Bauerndemonstrationen auf der Autobahn vor anderthalb Wochen interveniert. Die Autobahn müsse für den ordentlichen Verkehr freigehalten werden, teilte der EJPD-Vorsteher der Kantonsregierung mit. Wie die Pressesprecherin im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Corinne Goetschel, am Montag auf Anfrage sagte, erfolgte die schriftliche Intervention bereits am vergangenen Dienstag. Der Freiburger Staatsrat sei in einem Brief darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Kompetenz für die Sperrung der Nationalstrassen nicht beim Kanton, sondern ausschliesslich beim Bund liege.

Armee-Aufrüstung für innere Sicherheit

Die Schweizer Armee soll für den Schutz der inneren Sicherheit aufgerüstet werden. Das EMD plant die Beschaffung von Polizeimaterial, darunter auch Schlagstöcke, Gummischrot- und Tränengasgewehre sowie Handschellen. Die Kosten für das neue Material werden mit rund 100 Millionen Franken angegeben.

Bis Ende Januar können sich Kantone, Parteien und Verbände zu den Materialbeschaffungsplänen äussern. Gleichzeitig wurde auch die Vernehmlassung über die Verordnungen zum Ordnungsdienst, zum Schutzdienst und zum Grenzpolizeidienst der Armee eröffnet. Ordnungsdienst ist Aktivdienst und nach Angaben des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD) «bei einer schwerwiegenden Bedrohung der inneren Sicherheit» vorgesehen, wenn schwerwiegende Zwischenfälle voraussehbar seien, die die Funktionsfähigkeit des Staates in Frage stellen könnten.

Wärmerekord am letzten Septembertag

Bern/Zürich (AP) Der letzte Septembertag war der wärmste Tag des ganzen Monats. An verschiedenen Orten in der Schweiz zeigte das Thermometer am Montag so hohe Werte wie vorher während des ganzen Monats nie, wie ein SMA-Sprecher auf Anfrage sagte. In Visp wurden Temperaturen bis 25 Grad gemessen.

In Genf und in Chur kletterte das Quecksilber auf 24 Grad, in Basel und in der Region Zürich wurden 23 Grad gemessen. Keine Spitzenwerte wurden mit 20 Grad im Tessin registriert, wie es bei der Schweizerische Meteorologische Anstalt (SMA) hiess. Sehr warm wurde es auch in den Bergen, in Davos wurden etwa 21 Grad gemessen.

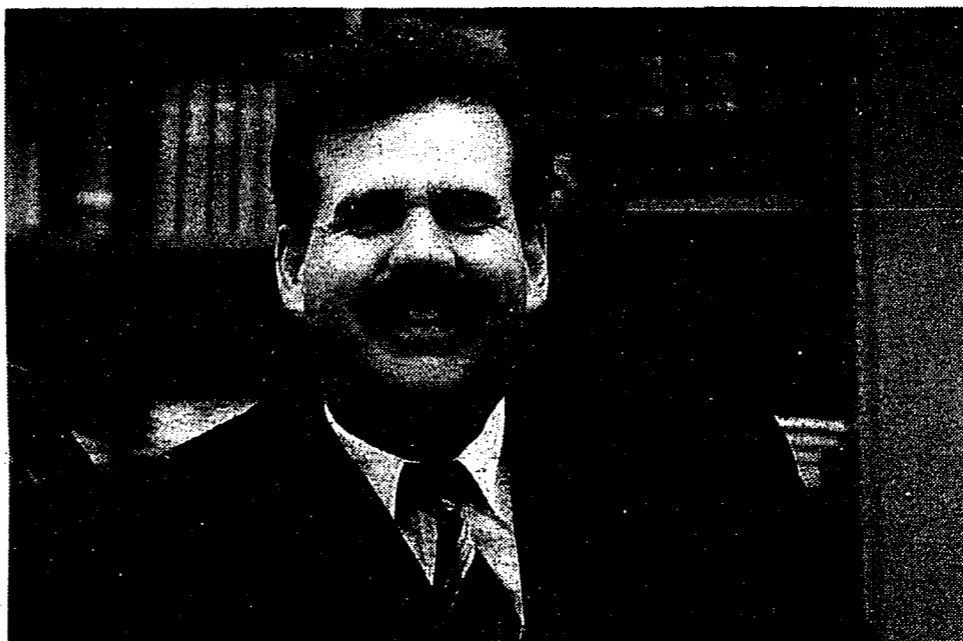
Vertiefte Bildungszusammenarbeit mit der Republik Österreich

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Aussenminister Wolfgang Schüssel unterzeichneten Abkommen zur Prüfungsanerkennung

(M.R.) – Liechtenstein und Österreich wollen im Bildungsbereich verstärkt zusammenarbeiten. Etwa 70 bis 80 LiechtensteinerInnen studieren derzeit an österreichischen Universitäten. Im Gegenzug sind 40 Prozent der Studierenden am Technikum in Vorarlberg. In Wien unterzeichneten gestern Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und der österreichische Aussenminister, Vizekanzler Wolfgang Schüssel, ein entsprechendes Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Reifeprüfungen und Hochschulabschlüssen.

Gerade für die Region Bodensee wäre es wichtig, dass alle Nachbarstaaten bildungspolitisch an einem Strang ziehen, betonten Büchel und die österreichische Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler anschliessend. Liechtenstein sei als kleines Land gerade im Bildungsbereich auf die Zusammenarbeit mit den Nachbarn angewiesen, erklärte Büchel, und Gehrler ergänzte, dass die Region Bodensee/Rheintal ein Bildungsraum sei, in dem keine Grenzen, sondern Akzente gesetzt werden müssten.

Es wäre unsinnig und zu teuer in einem kleinen Raum verschiedene Bildungseinrichtungen doppelt anzubieten. Vielmehr müssten die bestehenden Institutionen und Möglichkeiten im Bodenseeraum verstärkt genutzt werden, meinten Gehrler und Büchel übereinstimmend. Institutionen mit Hochschulniveau wie die



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel unterzeichnete gestern in Wien ein Abkommen mit Österreich über Gleichwertigkeiten im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens.

Hochschule St. Gallen, die Uni Konstanz oder die Fachhochschulen in Vorarlberg und Liechtenstein müssten nach Ansicht der Unterrichtsministerin noch intensiver zusammenarbeiten, um optimal differenzierte Studiengänge anbieten zu können. Dazu müsse man aber nicht nur Ausbildungen anerkennen, sondern auch gegenseitig Finanzierungsfragen klären.

Bürokratische Hindernisse beseitigt

Das nun unterzeichnete Abkommen sei nur ein weiterer Schritt, die lange bestehende Zusammenarbeit zu intensivieren, erklärte Büchel. So beteiligt sich Liechtenstein etwa seit einem Jahr an gemeinsamen Projekten mit Österreich am EU-Berufsbildungsprogramm «Leonar-

do da Vinci». Das neue Abkommen ist unter anderem eine Zusammenfassung von vier bereits seit einigen Jahren bestehenden bilateralen Verträgen. Es soll die Möglichkeit zum Weiterstudium zwischen den beiden Ländern erleichtern und regelt unter anderem die Anerkennung von Teilstudien und Prüfungen bis zu akademischen Graden. Erstmals legt ein Abkommen auch die volle Anerkennung von Reifezeugnissen fest. Damit würden auch bürokratische Hindernisse beseitigt, betonten Gehrler und Büchel. Analog zu bestehenden Verträgen zwischen Österreich und der Schweiz solle das Abkommen eine Stufe in der Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Fürstentum und Österreich sein, sagten die Regierungsmitglieder.

Im Anschluss an die Vertragsrunde traf die Liechtensteiner Delegation mit Beamten des österreichischen Unterrichtsministeriums zusammen. Dabei kam es unter anderem zu einem Erfahrungsaustausch über Lehrpläne und die Verbalurteilung in liechtensteinischen Volksschulen. Nach einem Besuch des österreichischen Büros der europäischen Bildungskommissionen beendete Büchel die eintägige Wien-Visite mit einem Besuch des Vereins Kultur-Kontakt. Hauptthema hier: Die Kooperation mit Österreich im Hinblick auf Bildungsförderungen für die Staaten Mittel- und Osteuropas.

Soll der Landesfürst in Zukunft nur noch repräsentieren?

Freie Liste stellte Verfassungsentwurf für das Fürstentum Liechtenstein vor – Als Diskussionsgrundlage und nicht als Initiativvorschlag gedacht

(G.M.) – Die Verfassungsdiskussion ist neu belebt worden. Die Freie Liste hat am Montagabend einen umfassenden Verfassungsentwurf vorgelegt. Der 154 Artikel umfassende Entwurf schränkt die Befugnisse des Fürsten stark ein, baut jedoch die Volksrechte aus. Ausserdem wurden neue Elemente hineingenommen, die in der Verfassung von 1921 noch nicht enthalten sind, wie etwa der Umweltschutz oder Fragen von Energie und Verkehr.

Wenige Tage vor dem Jubiläum «75 Jahre Verfassung» veröffentlichte die Freie Liste ihren Verfassungsentwurf, dessen Teilstück über die Staatsform in Auszügen schon früher vorlag und für Aufsehen sorgte. Der Fürst bleibt nach den Vorstellungen der Splitterpartei zwar «Oberhaupt des Staates», als «Symbol seines Bestandes und seiner Kontinuität», doch sollen sich seine Funktionen auf die Repräsentation beschränken. Als Monarch könne er zudem «wichtige Integritätsaufgaben wahrnehmen».

Mehr über den FL-Verfassungsvorschlag auf Seite 3.



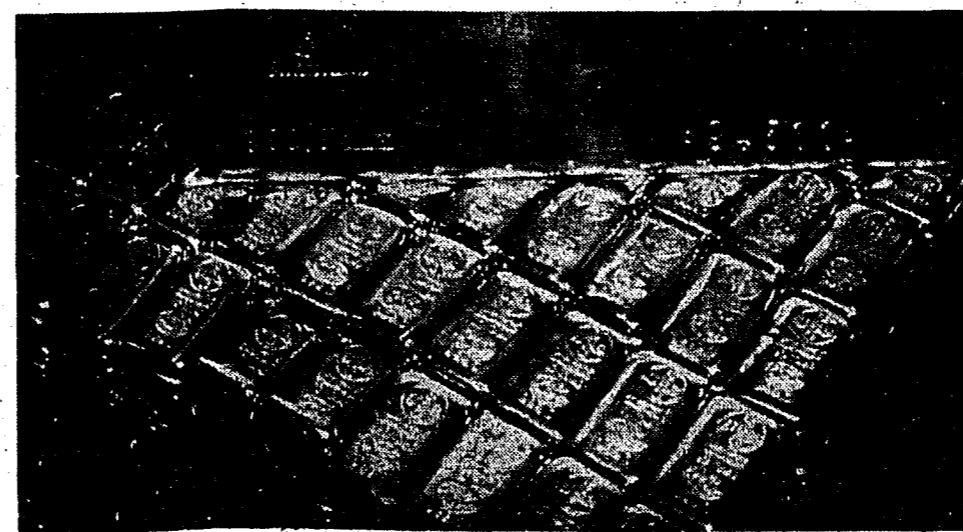
Pressekonferenz der Freien Liste zur Vorstellung des neuen Verfassungsentwurfs: von links Nicolaus Ruther, Christel Hilti, Paul Vogt, Egon Matt.

Nationalrat einhellig für eine Aufarbeitung der Geschichte

Klar Eintreten auf Bundesbeschluss über Aufarbeitung der Geschichte des Finanzplatzes Schweiz beschlossen

Bern (AP) Der Nationalrat hat sich klar für die Aufarbeitung der Geschichte des Finanzplatzes Schweiz während der NS-Herrschaft ausgesprochen. Einhellig beschloss der Rat am Montag Eintreten auf eine Vorlage, die eine unabhängige Untersuchung unter Aufhebung des Bank- und Anwaltsgeheimnisses vorsieht.

«Es geht um das moralische Ansehen unseres Landes insgesamt», umriss Kommissionsprecherin Lili Nabholz (FDP/ZH) die Dimension der aussergewöhnlichen Vorlage. Das Bild der Schweiz sei durch historische Altlasten arg in Mitleidenschaft gezogen worden, es brauche nun dringend eine politische Aufarbeitung. Dies sei die Schweiz nicht nur den Opfern des Nazi-Regimes, sondern auch



Die Geschichte des Finanzplatzes Schweiz soll politisch aufgearbeitet werden.

sich selber schuldig. Die Fakten dürften nun nicht verdrängt, sie müssten vielmehr ein für allemal auf den Tisch gelegt werden. «Was wir heute tun, tun wir spät, aber es ist dazu nicht zu spät», sagte Nabholz.

Bundesrat Flavio Cotti bezeichnete die in ausländischen Medien über die Schweiz veröffentlichte Kritik als schrecklich und unerträglich. Die Schweiz werde von einem Teil der internationalen Öffentlichkeit angeklagt, der Fehler der Nazi-Diktatur gewesen zu sein und ihren Wohlstand auf Gold der KZ-Opfer aufgebaut zu haben. Es brauche jetzt eine vorbehaltlose Untersuchung der Ereignisse. Cotti warnte allerdings vor zu grossen Erwartungen in die Untersuchung, die sich nach so langer Zeit als schwierig erweisen werde.